

# Der Maler

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Füncher und Weißbinder Deutschlands

Erscheint Sonnabends, Bezugspr. 3 M., u. Kreuzb. 4 M. vierteljährlich. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alster-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensverw. d. Verb. Hamb. 11598  
**45. Jahrgang** **Hamburg, 10. Januar 1931** **Nummer 2**

## Die Arbeiterklasse in der Wirtschaftskrise

Der Aufstieg zu höheren Lebensformen, der gleichbedeutend mit der Emanzipation des Proletariats ist, geht nicht nur langsam vorwärts, sondern kann im Verlauf der geschichtlichen Entwicklung Rückschläge erfahren. Das Jahre 1930 brachte einen solchen Rückschlag in der Entwicklung aller fortschrittlichen Kräfte.

Das abgelaufene Jahr wurde von der großen

### Krise der Weltwirtschaft

überschattet. Im Jahre 1929 hat sich diese bereits angekündigt. Sie machte sich zuerst in der Form der allgemeinen Agrarkrise der Welt geltend und hat sich nun in dem jetzt zur Reize gehenden Jahr auf die Industrie und das Gewerbe überpflanzt. Es gibt heute kaum ein Land in der Welt, das von dieser Krise nicht betroffen wäre. Sie ergriff auch solche Länder, die von ihr zunächst verschont geblieben waren, während bei jenen, die bereits mit voller Wucht von der Krise getroffen sind, noch keine Aussichten für eine Entspannung entdeckt werden können. Der Kapitalismus hat Kräfte entfesselt, die er nicht zu meistern vermag. Er hat mit Hilfe des technischen Fortschritts die Produktivkräfte unermesslich gesteigert, und dabei ist das Gleichgewicht in der Entwicklung der Produktion verloren gegangen. Der Zusammenhang zwischen den Produktionskräften, die einander ergänzen sollen, ist völlig zerrissen, ungeheure Vorräte häufen sich an, die unverkäuflich sind, ungeheure Anlagen stehen da, die nicht ausgenutzt werden können. Ebenso wurde der Zusammenhang der Preise, der in der Marktwirtschaft unter normalen Verhältnissen vorhanden ist, zerrissen. Auf der einen Seite ein gewaltiger Preissturz für Rohstoffe und Lebensmittel, der die Produzenten dieser Waren an den Rand des völligen Ruins bringt, auf der anderen Seite Festhalten dort an hohen Preisen, wo zur Erleichterung der Krise ein starker Preisabfall erforderlich wäre. Bei den Verschiedenheiten der Wirtschaftsstruktur der verschiedenen Länder mußte daraus die Schrumpfung des internationalen Warenaustausches, ein scharfer Rückgang im Welthandel, entstehen. Noch verhängnisvoller wirkte sich die ungünstige Einkommensgestaltung aus, der Rückgang der Massenkauftkraft infolge der Wirtschaftskrise. Es fehlt die Kaufkraft der Arbeitslosen und der Kurzarbeiter, während durch Lohnabbau die Kaufkraft der noch Beschäftigten geschwächt wird. In dieser Krise ist nicht allein die Unvernünftigkeit, sondern auch die Grausamkeit des kapitalistischen Systems mit einer nicht zu überbietenden Anschaulichkeit zutage getreten. In diesem System handelt es sich nicht um Menschen, sondern um Dinge. Der Kapitalismus schreitet über die Schicksale der von der Krise heimgesuchten Menschen kaltblütig hinweg. Der technische Fortschritt hätte zum Wohle der Menschheit gereichen müssen. Er wurde aber mit einer Rationalisierung verbunden, die so geartet war, daß sie die Wohlfahrt zur Plage machte. Millionen von Arbeitskräften wurden freigesetzt, ohne daß sie in die Arbeit wieder eingeschaltet werden konnten.

### Eine Arbeitszeitverkürzung,

die als Folge der beschleunigten und verbilligten Produktion für die Unterbringung der Freigesetzten unabwendbare Notwendigkeit ist, wird in der herrschenden Profitwirtschaft aufs schärfste bekämpft. Die in den rationalisierten Betrieben beschäftigten Arbeiter müssen aber bei reißendem Arbeitstempo eine seelentötende Arbeit verrichten. Die Arbeitsintensität wurde durch die Rationalisierung gewaltig gesteigert. Die Nerven der in den rationalisierten Betrieben beschäftigten Arbeiter sind aufs schärfste angespannt.

So erzeugt die Wirtschaftskrise auch eine schwere seelische Krise der von ihr Betroffenen. Das sind nun nicht nur Proletarier, die vor allen Dingen die Leidtragenden sind, sondern auch andere Schichten, die durch die Krise ebenfalls proletarisiert werden, jedoch das proletarische Bewußtsein nicht haben, ja, sich dagegen mit

aller Gewalt sträuben — Landwirte, Handwerker, Kleinhandwerker, Angestellte. Eine ungewöhnliche

### Verhärfung des Klassenkampfes

trat in Erscheinung, dessen Formen sich aber infolge dieser Entwicklung wesentlich geändert haben. Unter normalen Verhältnissen steht der Klassenkampf im Zeichen des Verteilungskampfes des Proletariats, er bezweckt, dem Kapitalismus neue Rechte abzurufen, die Freiheit und die Würde der Arbeit zu erhöhen. Der gegenwärtige Klassenkampf trägt ein anderes Gesicht. Die Energien des proletarischen Klassenkampfes sind durch die gewaltige Arbeitslosigkeit und das Massenelend vielfach gelähmt. Auf der anderen Seite hat sich der Klassenkampf „von oben“, der von den Unternehmern geführt wird, und der Klassenkampf der Zwischenschichten außerordentlich verschärft. Die Großunternehmer benützen die Krise, um ihre Macht zu erhöhen, gleichzeitig wollen sie ihre Gewinne trotz der Krise auf Kosten der übrigen Schichten aufrecht erhalten. Je mehr die Monopolwirtschaft in der Welt Fortschritte macht, um so stärker tritt diese Bestrebung, die bei früheren Krisen vom Mechanismus der freien Konkurrenz zurückgehalten wurde, in Erscheinung. Gewaltig verschärft hat sich aber auch der Klassenkampf der Bauern, Händler und anderer Zwischenschichten, denn sie in törichter Verblendung vornehmlich gegen das Proletariat führen. Auch diese Schichten haben das dumpfe Gefühl, daß sie Opfer des kapitalistischen Systems sind und bebiegen sich in ihrem Klassenkampf häufig antikapitalistischer Schlagworte. Ihr Kampf wird dennoch in erster Linie gegen das Proletariat geführt, dessen Aufstieg sie beargwöhnen und zu hintertreiben suchen.

In der schweren Atmosphäre der Weltwirtschaftskrise wurde auf diese Weise der Kampf aller gegen alle geführt. Die wirtschaftliche Völkerverständigung hatte in diesem Jahr schlechte Zeiten. Im Irrglauben, die Folgen der Wirtschaftskrise von sich abzuwälzen und auf die anderen zu übertragen, wurde die wirtschaftliche Absperrung der Völker weiter gesteigert, wurden Zölle erhöht, wurde der Ausgleich der Goldvorräte und der Kapitalien verhindert. Im Herbst 1929 sprach man noch von einem europäischen Zollfrieden, Pläne für eine Zollunion wurden geschmiedet. Im Krisenjahr wurden alle diese Pläne arg zurückgeworfen.

### Der Würgengel Arbeitslosigkeit.

Das Jahr 1930 wird als eine Zeit außerordentlich hoher Arbeitslosigkeit in der Geschichte fortleben. Im Jahresdurchschnitt 1930 dürfte sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung und Krisenfürsorge auf rund 2,2 Millionen belaufen. Damit ist die Gesamtbelastung des Arbeitsmarktes nicht erschöpft, weil eine große Masse von Arbeitslosen überhaupt keine Unterstützung bezieht und ein Teil den Gemeinden als Wohlfahrtsunterstützte zur Last fällt. Die Gesamtbeschäftigung ist im Jahresdurchschnitt auf etwa 3,1 Millionen zu veranschlagen, gegen 1,9 Millionen im Vorjahre und 1,4 Millionen 1928. Im Dezember waren mehr als 1,5 Millionen der für den Arbeitsmarkt in Betracht kommenden Erwerbstätigen ohne Beschäftigung. Nimmt man die Kurzarbeiter hinzu, so ergibt sich, daß fast nur noch die Hälfte als Vollbeschäftigte am Jahreschluß angesehen werden konnten. Die nachstehende Tabelle läßt die Belastung des Arbeitsmarktes im Verlauf des Jahres klar hervortreten.

	Verfügbare Arbeitsjuchende	Hauptunterstützungsempfänger Arbeitslosenversicherung	Krisenfürsorge	Gewerkschaftsmitglieder	Kurzarbeiter
Januar	3 217 600	2 232 600	250 000	22,0	11,0
April	2 786 900	1 763 100	318 000	20,3	12,1
Juli	2 765 300	1 497 500	403 400	20,5	13,9
August	2 882 500	1 507 000	440 800	21,7	14,8
September	3 004 300	1 492 800	472 600	22,5	15,1
Oktober	3 253 000	1 562 000	510 500	23,6	15,4
November	3 683 000	1 787 900	566 100	26,0	16,1
Dezember	3 977 000	1 946 000	603 000	—	—

Im Januar und Februar 1931 ist mit einer weiteren Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Dadurch wird die Katastrophe noch weiter verschärft. Aus alledem ergibt sich, daß alle Mittel angespannt werden müssen, um den durch die Arbeitslosigkeit unveranschuldet in Not geratenen Menschen zu helfen.

### Die Lage in den wichtigsten Industrien.

Im Kohlenbergbau ging die Produktion und der Absatz auf den Umfang von Anfang 1926 zurück. Im Steinkohlenbergbau wurde die Belegschaft bis Anfang Oktober um 123 000 vermindert. Im Braunkohlenbergbau kamen 10 000 Mann zur Entlassung.

Soweit die eisenhaltende Industrie in Frage kommt, waren im letzten Vierteljahr ungefähr 60 % der Vollarbeiterschaft beschäftigt. Der Rückgang der Bautätigkeit, die Einschränkung in der Vergabe der öffentlichen Aufträge und die ungenügende Ausnutzung der Produktionsanlagen der gesamten Wirtschaft hat die Absatzmöglichkeiten der Schwerindustrie außerordentlich verringert. Der Tiefstand der Weltmarktpreise hat einen Rückgang der Ausfuhr zur Folge gehabt.

In der Maschinenindustrie hat sich sowohl das Inlandgeschäft als auch das Exportgeschäft verbleibend. Der Inlandsabsatz ging stärker zurück als der Auslandsabsatz. Die Zeit von Juli 1925 bis September 1927, gleich 100 gesetzt, betrug der Inlandsabsatz im Januar 80,7 und im Oktober 48,8; im Auslandsabsatz 201,9 im Januar und 155,9 im Oktober. Der Maschinenverband sank von 91,6 auf 78; die Ausfuhr von 132 auf 103 Millionen Mark.

Die Kraftfahrzeugindustrie hat einen scharfen Rückgang erfahren. Schätzungsweise sind im Inland 84 000 Personenkraftwagen gegen 100 000 im Jahre 1929 abgesetzt worden. Der Lastkraftwagenabsatz ging zurück von 28 000 auf 16 500. Im Oktober stand der Produktionsindex auf 40 (1928 = 100) gegenüber 69 im Oktober 1929.

Eine außergewöhnliche Krise traf das Baugewerbe. Die Bautätigkeit war 1930 um rund 20 % geringer als 1929. Der Rückgang beträgt im Wohnungsbau 500 Millionen Mark (15 %), im gewerblichen Bau 300 Millionen Mark (10 %) und im öffentlichen Bau 1 Milliarde Mark (37 %). Diese Ausfälle bewirken eine Minderbeschäftigung von 250 000 Bauarbeitern. Selbst im Hochsommer waren rund 40 % aller Bauarbeiter beschäftigungslos. Im Baugewerbe waren Lohnverluste in Höhe von 600 bis 700 Millionen Mark zu verzeichnen.

In der Holzindustrie wirkt sich die Krise ebenfalls scharf aus. Die Möbelproduktion hat erheblich nachgelassen. Sie steht hinter den Stand von 1925 noch um 10 % zurück. Besonders scharf wurde die Pianoindustrie betroffen. Hier beträgt die Beschäftigung gegen 1925 nur 31,4 %.

Die Textilindustrie verzeichnete im November 71 % Gewerkschaftsmitglieder voll beschäftigt. Infolge der zunehmenden Kaufkraftausfälle auf den Binnenmarkt ging die Beschäftigung im Bekleidungs-gewerbe von 73 auf 59 % zurück. Mit einer Besserung wird vorläufig nicht gerechnet.

Die Einzelhandelsumsätze sind im Jahre 1930 insgesamt um rund 3 Milliarden Mark geringer gewesen als im Vorjahre. Wird der Rückgang des Handwerksumsatzes mit 1 bis 1,5 Milliarden Mark angenommen, so dürften die Käufe der Konsumenten von 50 Milliarden Mark im Vorjahre auf 45 bis 46 Milliarden Mark zurückgegangen sein. Zum Teil ist dieser Umsatzrückgang als Folge der Preisentwertung zu betrachten. Trotzdem hat sich die Verminderung der Massenkauftkraft stark ausgewirkt. Dies ersieht man daraus, daß der Absatz von Nahrungsmitteln um 1,5 Milliarden Mark geringer war als im Vorjahre.

### Trotz trüber Aussichten die Organisation hochhalten!

Der Rückblick auf das Wirtschaftsjahr 1930 hat uns eine schwere Wirtschaftskrise erkennen lassen. Es sind wenig Aussichten vorhanden, daß es in nächster Zeit besser werden wird. Eine Besserung könnte nur erfolgen,



wenn eine Preisentwertung ganz energisch vorgenommen würde. Die Lebenshaltungskosten sind wohl im verflossenen Jahre von 151,6 auf 143,5 gesunken. Das ist wenig, wenn man berücksichtigt mit welchem Lantam die Preisentwertung in Szene gesetzt wurde. Die derzeitige Regierung war wohl bereit, Maßnahmen zur Senkung der Löhne zu treffen. Dadurch bewirkte sie eine Verstärkung der Massenkauflkraft, die den Prozeß der Krisenüberwindung weiter erschwert. Sie war wenig erfolgreich auf dem Gebiete der Preisentwertung. Im neuen Jahr sind weitere Maßnahmen in dieser Beziehung in Aussicht gestellt worden. Wir werden abwarten, inwiefern hier von einem Erfolg gesprochen werden kann. Sicher wird die Lohnsenkungsmaschine weiter in Bewegung sein. Dadurch wird der Lebensstandard der breiten Masse, wenn nicht eine Preisentwertung auf dem Fuße folgt, empfindlich verschlechtert. Aber es liegt kein Grund vor zu verzagen und die Flinte ins Korn zu werfen. Das Jahr 1931 wird nach sicherer Voraussicht einen Umschwung in der Wirtschaftslage mit sich bringen. Dann wird die Zeit gekommen sein, den Lebensstandard der breiten Massen wieder auf eine günstige Höhe zu bringen. Es ist den Gewerkschaften gelungen, bis in die Zeit der tiefsten Krise die Lohnhöhe zu erhalten. Das muß von den Arbeitsbrüdern als eine Großtat ersten Ranges in Erinnerung gebracht werden. Die Erfolge werden bei Besserung der Wirtschaftslage um so größer sein, je mehr die Gewerkschaften eine Großmacht bleiben.

### Gewerkschaftliche Grenzlandkonferenz in Reichenberg

Die schlechte wirtschaftliche Lage wirkt sich in gleicher Form in Deutschland wie auch im deutschen Industriegebiet aus. Ihren sichtbaren Ausdruck findet die Wirtschaftskrise jenseits und diesseits der Grenze in der katastrophalen Massenarbeitslosigkeit. Ist in den inneren Gebieten der beiden Länder die Lage der Arbeitslosen an und für sich trostlos genug, dann ist sie ungleich schwerer für jene Arbeiter in den Grenzgebieten, die in einem andern Lande arbeiten als wo sie wohnen. In jedem der beiden Länder gelten andere gesetzliche Bestimmungen; jeder der beiden in Frage kommenden Staaten hat durch gesetzliche Bestimmungen zum Schutze des Arbeitsmarktes vorgeföhrt, daß die vorhandenen Arbeitsmöglichkeiten den eigenen Staatsangehörigen möglichst vorbehalten bleiben. Daraus ergeben sich eine Reihe Härtefälle für die Arbeiterschaft der Grenzgebiete, und um die berechtigten Interessen der Grenzarbeiterschaft wahrzunehmen, wurde, wie im Vorjahre bereits für das böhmisch-sächsisches Gebiet, nunmehr mit dem Bezirksausschuß Berlin, des AOB, und der Zentralgewerkschaftskommission eine Grenzlandkonferenz für das preußisch-böhmisch-mährische und schlesische Gebiet vereinbart. Alle wichtigen, die Arbeiter selbst wie die beteiligten Gewerkschaften betreffenden Fragen, sollten in dieser Konferenz beraten werden.

Die Konferenz, die am 16. Dezember 1930 in Reichenberg tagte, hat gute Arbeit geleistet. Die beiderseitigen Gewerkschaften hatten Vertreter entsandt. Außerdem waren vertreten der Bezirksausschuß Breslau des AOB, die wichtigsten Ortsausschüsse, die Zentralgewerkschaftskommission und die zuständigen Kreisgewerkschaftskommissionen. Den Vorsitz in der Konferenz führten die Kollegen Roscher und F. Medlin. Die einleitenden Referate für die Tagung erstatteten die Sekretäre Ruffert aus Breslau und Macoun, Reichenberg. In diese Referate schloß sich eine sehr rege Aussprache an, die durchwegs erfüllt war vom Geiste internationaler Solidarität. Das Ergebnis dieser Beratungen bildete nachstehender Antrag, der einstimmig angenommen wurde:

Der Bezirksausschuß des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes Schiesien in Breslau und die Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei in Reichenberg werden sich über ein ständiges Zusammenwirken in den Fragen der Grenzarbeiterschaft verständigen. Vornehmlich wird ins Auge gefaßt die Bildung von Grenzausschüssen aus den zuständigen Ortsausschüssen des AOB, Schiesien und den Bezirksstellen des Deutschen Gewerkschaftsbundes in der Tschechoslowakei. Ueber den Wirkungskreis und das Aufgabengebiet der Grenzausschüsse werden die beiden Zentralstellen Richtlinien ansarbeiten. Diese sollen zunächst enthalten:

1. Statistische Arbeiten, um festzustellen:

- a) wieviel Arbeitnehmer aus dem jeweiligen Bezirk des Grenzausschusses dies- und jenseits der Grenze arbeiten;
- b) wieviel freigewerkschaftlich organisiert sind;
- c) in welchen Industrien sie beschäftigt sind;
- d) zu welchen Löhnen das geschieht;
- e) ob täglich die Heimkehr oder nur einmal wöchentlich erfolgt;

- 1. die Dauer des Arbeitsverhältnisses.
- 2. Austausch der Tarife.
- 3. Austausch der sozialpolitischen Literatur.

4. Maßnahmen zur gegenseitigen Unterstützung in der Agitation für die freigewerkschaftliche Organisation.

Grenzausschüsse sollen gebildet werden für die Bezirke:

- 1. Görlitz-Lauban-Greifenberg, Hirschberg, Reichenberg, Gablenz-Neustadt u. z.
- 2. Landeshut-Baldenbourg, Reurode, Trautenau-Halbnade-Brannau.
- 3. Olitz-Reichenstein, Gratalich-Pöbrich-Schönberg-Jauerberg.

4. Reiche - Ziegenhals - Neustadt - Leobschütz-Ratibor-Freiwaldau-Jägerndorf-Troppau.

Die Grenzausschüsse werden paritätisch zusammengesetzt. Sie sollen in der Regel aus sechs bis acht Funktionären bestehen. Die Ernennung der Funktionäre erfolgt durch die Zentralstellen.

Der jeweilige Sitz eines Grenzausschusses wird im Einvernehmen der beiden Zentralen bestimmt.

Wichtige Angelegenheiten werden in der von den beiden Zentralstellen einzuberufenden Sitzung aller vier Grenzausschüsse beraten und behandelt.

Dieser Antrag wird nun den beiderseitigen gewerkschaftlichen Zentralstellen zur Genehmigung empfohlen.

Die Konferenz war in sachlicher Hinsicht ein voller Erfolg, und es kann angenommen werden, daß bestimmte Härten, die bisher für die beschäftigten Ausländer zu verzeichnen waren, in Zukunft durch die gemeinsame Arbeit beseitigt und verhindert werden können.

### Sakentruerler als Zellenbauer.

Daß der unverhoffte Mandatserfolg am 14. September die nationalsozialistischen Führer größtenteils gemacht hat, ist allseits bekannt. Man braucht nur die schwulstigen Reden und Artikel aus dem nationalsozialistischen Lager zu studieren, um zu erkennen, welche grotesten Formen der Größenwahnsinn der Sakentruerler bereits angenommen hat. Im nun den Zufallsieg der Septemberwahl zu verankern und die politische Macht völlig zu erobern, haben die deutschen Faschisten den verständlichen Plan, ihre organisatorischen Stützpunkte weiter auszubauen. Zu diesem Zwecke planen sie auch eine Eroberung der Betriebe, das heißt, sie versuchen nach dem Muster der kommunistischen Zellenbauerei, durch eine planmäßige Agitation in den Betrieben, neue Anhänger zu gewinnen. Auf welche Weise sie dieses Ziel erreichen wollen, geht aus den streng vertraulichen Richtlinien hervor, die von der Kreisleitung Groß-Frankfurt heraus-

### Neujahr 1931

„Ich möchte bloß wissen, was eigentlich heute bei uns los ist“, sagt meine Frau.

„Aus aller Welt gratulieren Dir die Leute zum neuen Jahr. Mir wird ganz flau.“

Auch ich bin erstaunt, beglückwünscht zu werden in so reichem Maße. In unsrer Not!

Wir danken Euch allen. Es ist auf der Erden, den Zweiflern zum Troste, die Liebe nicht tot.

Ich wünsch allen Kämpfern im neuen Jahr die Palme des Sieges im heiligen Streit!

Daß rausche die Hymne glücktrunken und wahr: „Mit uns zieht jauchzend die neue Zeit.“

Die Quetschpinselfamilie.

wurden. Sie zeigen, daß die Bekämpfung der freigewerkschaftlichen Organisationen mit den unehrlichsten Mitteln vorgeföhrt ist.

Einleitend wird in den Richtlinien betont, daß der nationalsozialistische Betriebsfunktionär die Aufgabe habe, den Marxismus in seinen stärksten Vollwerken — in den Betrieben — zu zerfchlagen und diese zu nationalsozialistischen Hochburgen auszubauen. Durch sozialpolitische Beratung und arbeitsrechtliche Vertretung müsse er als Vertrauensmann der Partei sich auch das Vertrauen der Belegschaft erwerben. Seine politische Tätigkeit müsse propagandistischer Art sein, keine Massenarbeit, aber wohlbedachte, kluge Kleinarbeit. „Schritt für Schritt! Mann für Mann!“ Als Mittel sollen die Zeitungen dienen, die offen gelesen, zufällig liegen gelassen oder von unsichtbarer Hand verteilt würden. Kleine Propagandaschriften, Bücherverleihe, Amlaufmappen und Kartenverkauf für Versammlungen sollen weitere Werbemittel sein. Für die Massenwerbung werden monatliche Flugblätter, Betriebszeitungen und Versammlungen in Aussicht gestellt.

Bezüglich der Stellungnahme zu den Gewerkschaften wird als parteiamtliche Richtlinie wörtlich folgendes betont:

Die NSDAP. sieht in den nunmehr angestrebten Betriebszellen-Organisationen die Grundlage, von der aus zu gegebener Zeit die Schaffung nationalsozialistischer Berufsgewerkschaften in Angriff genommen werden kann. Bis dahin wird den Parteigenossen, die als Arbeiter, Angestellte und Beamte tätig sind, empfohlen, in ihren gewerkschaftlichen Verbänden zu bleiben und dort, gestützt auf die von diesen Verbänden statutarisch verbürgte parteipolitische Neutralität jede Propaganda zugunsten der marxistischen und demokratischen Parteien zu verhindern.

Also: Bis zur Schaffung besonderer nationalsozialistischer Gewerkschaften sollen die Sakentruerler, soweit sie Gewerkschaftsmitglieder sind, als Sauerkeig in den Gewerkschaften wirken. Eine besondere Betriebszelle soll dann gebildet werden, wenn 15 Nationalsozialisten in einem Betriebe vorhanden sind.

Die sozialpolitische Funktion soll, wie bereits erwähnt, beratender Art sein, indem der Nationalsozialist auf die Sicherung der tariflichen Rechte und die Durchführung gesetzlicher Bestimmungen achten soll. Ferner sollen nationalsozialistische Betriebsräte in bestmöglicher Weise die Vertretung am Arbeitsgericht übernehmen. Weiterhin wird als dritte sozialpolitische Auf-

gabe erwähnt, gegen den „Terror“ der roten Funktionäre (gemeint sind die Gewerkschaftsfunktionäre) vorzugehen. Zur Erleichterung dieses Vorgehens wird in den Richtlinien auf Artikel 117 und 159 der Weimarer Reichsverfassung (!) sowie auf § 66 und § 88 des Betriebsrätegesetzes verwiesen. Entsprechend dem Grundfah: „Kein Betrieb ohne Betriebsrat“ wird sodann zur Vorbereitung der Betriebsrätewahlen aufgefordert. Die Listen sollen die Bezeichnung „Nationale Sozialisten“ tragen. Nähere Richtlinien hierzu werden angekündigt.

Ein Nachrichtendienst soll ebenfalls eingerichtet werden und vor allem die Aufgabe haben, die Presse mit „zügigen“ Mitteilungen versehen. Schulungskurse sollen bezwecken, daß der nationalsozialistische Betriebsfunktionär „dem roten Vertreter nicht nur gewachsen, sondern überlegen sein soll“.

Sehr bemerkenswert ist sodann folgender Passus:

„Dem NS-Funktionär wird es zur Pflicht gemacht, freie Arbeitsstellen sofort der Kreisgeschäftsstelle zu melden. Eine große Anzahl von Parteigenossen sind arbeitslos. Sie können dem National-S-Betriebsfunktionär wertvolle Dienste in seinem Betrieb leisten.“

Es muß im übrigen dem Geschieß des Funktionärs überlassen werden, so taktisch klug vorzugehen, daß es ihm gelingt, die Stelle mit einem Parteigenossen zu besetzen. Während der dort sich vorstellende Parteigenosse „zufällig“ von der Stelle erfahren haben muß, beziehungsweise „zufällig“ nach Arbeit fragt und sich streng neutral zu verhalten hat, wird es in andern Betrieben notwendig sein, den benachrichtigten Parteigenossen anzuweisen, sich als NS. auszugeben und ihn am besten an den in Frage kommenden, die Einstellung bewirkenden Angestellten überweisen.

Grundfah: Jeder freie Arbeitsplatz einem Nationalsozialisten!

Soweit sinngemäß und teilweise wörtlich die Richtlinien, die nur für den Kreis Groß-Frankfurt Geltung haben, aber typisch für die nationalsozialistischen Eroberungspläne sein dürften. Vom kritischen freigewerkschaftlichen Standpunkte bleibt dazu wenig zu bemerken, da unsern Lesern sicherlich manches lächerlich und phantastisch vorkommt. Nichtsdestoweniger: Kollegen, seid wachsam und sorgt rechtzeitig dafür, daß den Sakentruerlern die Bäume nicht in den Himmel wachsen! Zeigt diesen Elementen, was es heißt, die in jähem jahrzehntelangem Gewerkschaftskampfe errungenen Positionen der Arbeiterschaft zu einem Spielball faschistischer Gellüste machen zu wollen!

### Ist der Rundfunk neutral?

Bekanntlich sind vom deutschen Rundfunk Vorträge ausgeschlossen, die parteipolitisch oder sonst nicht „neutral“ Art sind. Das klingt so auf den ersten Hieb recht bestechend. Aber es erhebt sich die Frage: gibt es eigentlich eine Neutralität in geistigen Dingen? Auch die Erfahrung der letzten Jahre hat bereits recht deutlich gezeigt, daß unter dieser Flagge sich eine Zensur entwickeln konnte all den Fragen und Einstellungen gegenüber, die angeblich das Empfinden der Rundfunkhörer „verlezen“ könnten. Es gibt eben keine Neutralität, wenn man sich nicht auf banale und langweilige Themen beschränken will. Das gilt vor allem für diejenigen Gebiete, die das Weltanschauliche berühren. Es gilt vor allem dann, wenn man, wie das beim Rundfunk der Fall ist, die herrschende Weltanschauung als neutrales Gebiet betrachtet, und andere Weltanschauungen, etwa die sozialistische, als parteilich betrachtet. Praktisch liegen die Dinge so, daß das Rundfunkprogramm von den bürgerlichen Parteien, und hier wiederum besonders vom Zentrum beeinflusst wird, die unter dem Gesichtspunkt der Ueberparteilichkeit Programmvorschläge anderer, freigeistiger oder sozialistischer Kreise auszuschalten versuchen. Die Intendanten der Sendegesellschaften haben die Verpflichtung, sich den Anweisungen des politischen Ueberwachungsausschusses zu fügen, und daß dieser die Themen, die sich in Gegensatz stellen zur heutigen Gesellschaftsordnung oder den herrschenden Weltanschauungen, nicht berücksichtigt, liegt auf der Hand. Wirkliche Neutralität kann nur heißen, daß alle Richtungen, die etwas kulturell Wertvolles zu sagen haben, zu Worte kommen können. Es fällt ja auch niemand ein, etwa das musikalische Programm in der Weise zu zensieren, daß bestimmte künstlerische Richtungen von der Darbietung ihrer Werke ausgeschlossen sind! Wir leben nun einmal in einer Zeit stark auseinanderstrebender kultureller Entwicklungen; es geht nicht an, daß man aus einer falschen Ueberparteilichkeit heraus — die in praxi schärfste Parteilichkeit zugunsten der Vergangenheit und der herrschenden Gegenwart gegen die Ideen einer kommenden Zeit ist — gerade jene Fragen und Problemstellungen ausschließt, die eigentlich erst die wahre Kulturbedeutung des Rundfunks ausmachen würden. Es muß deshalb mit allem Nachdruck betont werden, daß freigeistige Themen, daß pazifistische Probleme die gleiche Daseinsbedeutung haben wie ein Vortrag über die Bedeutung irgendeines Heiligen für die mittelalterliche Kultur oder moderner Eruste für den Weltkapitalismus der Gegenwart. Wie grotesk ist etwa die Tatsache, daß jüngst ein Zwiegespräch „Können Kriege vermieden werden“, das zwischen einem Katholiken und einem Sozialisten geführt werden sollte, abgesetzt werden mußte, weil im Ueberwachungsausschuß ein Vertreter des Reichsinnenministeriums Einspruch erhob! Wenn das Reichswehrministerium der Auffassung wäre, daß solche Themen „gefährlich“ sind, würde man das noch begreifen, aber daß es just das deutsche Kultusministerium sein mußte, ist eigentlich unverständlich! Gegen derartige Vorkommnisse, die freieitlich gesinnten Rundfunkhörer entschiedenen Einspruch erheben. Es hat keinen Zweck und ist unwürdig, wenn man glaubt, dem deutschen Volke seine geistige Kost vorschreiben zu müssen. Man gebe allen Auffassungen Raum zum geistigen Kampf!

**Werft die geleierten „Maler“ nicht fort!  
Gebt sie den Unorganisierten!**



# AUS UNTERM VERBANDSLEBEN

## Der schlesische Landestarif für das Malergewerbe allgemeinverbindlich. Abschrift.

Der Reichsarbeitsminister.  
III 4374/100 Tar.

Berlin NW 40, den 11. Dezember 1930.  
Scharnhorststr. 35.

### Entscheidung.

Der nachstehend bezeichnete Tarifvertrag wird im angegebenen Umfang gemäß § 2 der Tarifvertragsordnung (Reichsgesetzbl. 1928, I. (S. 47) für allgemeinverbindlich erklärt:

#### I. Parteien des Tarifvertrages

a) auf Arbeitgeberseite:

Schlesischer Malerbund, Breslau;

b) auf Arbeitnehmerseite:

Verband der Maler, Lackierer und Glaser, Weißbinder Deutschlands, Berlin.

II. Tag des Abschlusses: 27. August 1930, angenommener Schiedspruch über Löhne, Nachtrag zum allgemeinverbindlichen Landestarifvertrag vom 4. Juni 1929.

III. Beruflicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Gewerbliche Arbeitnehmer im Malergewerbe, mit Ausnahme der Betriebe, für die besondere Tarifverträge bestehen.

IV. Räumlicher Geltungsbereich der allgemeinen Verbindlichkeit: Provinzen Ober- und Niederschlesien.

V. Beginn der allgemeinen Verbindlichkeit: 15. Dezember 1930.

VI. Ende der allgemeinen Verbindlichkeit: Die allgemeine Verbindlichkeit endet, vorbehaltlich einer früheren Aufhebung durch den Reichsarbeitsminister, mit dem Tarifvertrag.

Im Auftrag gez. Goldschmidt.

(Stempel)

Beglaubigt:

gez. Gierke

Ministerial-Ranzleifsekretär.

Eingetragen am 13. 12. 1930 auf Blatt 9657 Ifd. Nr. 5 des Tarifregisters.

Der Registerführer, gez. Sprengel.

### Gütersloh.

Ein Jahr ist es her, daß in Gütersloh wieder von der Filiale Bielefeld eine Zahlstelle errichtet worden ist. Die vier Jahre, die die hiesigen Kollegen der Organisation fernstanden, haben die Erkenntnis erweckt, daß ohne Zugehörigkeit zum Verband keine Besserstellung in unserer Lebenshaltung zu erreichen ist. Das kam auch deutlich zum Ausdruck in unserer Mitgliederversammlung, zu der Kollege Derschum, Bielefeld, erschienen war. Dankbar erkannten die anwesenden Kollegen an, daß ohne das Eingreifen der Organisation niemals die Vorteile hätten erreicht werden können, die durch die feste Geschlossenheit der Mitglieder seit der Gründung erreicht worden sind. Konnten doch für einzelne Kollegen tarifliche Lohn-erhöhungen von 85 bis 180 M in diesem Jahre errungen werden. Der anregenden, von bestem Geist befehlten Versammlung, schloß sich eine gemüthliche Unterhaltung an.

### Rostock (Zahlstelle Doberan).

In unserer Zahlstelle Doberan sprach in der Dezemberversammlung der Genosse Klose, Rostock, über: Volksfürsorge oder Zeitschriftenversicherung. Eingehend schilderte er die Entwicklung der Volksfürsorge. Gerade in der Zeit größter wirtschaftlicher Bedrängnis sei das Bedürfnis nach einer guten Lebensversicherung in den minderbemittelten Bevölkerungsschichten besonders stark. Leider lassen so viele Leute bei den ihnen angebotenen Versicherungen oftmals jegliche Vorsicht außer acht und werden dadurch arg benachteiligt. Deshalb sei es notwendig, immer wieder Aufklärung über Zweck und Ziel der gewerkschaftlichen genossenschaftlichen Volksfürsorge in die breiten Schichten der Bevölkerung zu bringen, da diese die beste Gewähr einer wirklich guten und realen Versicherung in jeder Hinsicht bietet. Während bei manchen Zeitschriftenversicherungen die Ueberschüsse in die Taschen der Verleger wandern, werden diese bei der Volksfürsorge Versicherungen als Gewinnanteil auf die Versicherungssumme gutgeschrieben. Die verfügbaren Gelder wiederum würden nur in gemeinnützigen Unternehmungen, besonders für den genossenschaftlichen Kleinwohnungsbau, angelegt. Etwa 125 Millionen Mark sind auf diese Weise untergebracht, die somit der Arbeiterklasse wieder nutzbar gemacht wurden. Zum Schluß forderte der Referent die Kollegen auf dafür zu sorgen, daß die privatkapitalistischen Zeitschriften aus den Wohnungen der Arbeiterklasse verschwinden. Ebenso wie die Reformbürgerliche Volkszeitung, gehöre auch die Volksfürsorge in jedes Arbeiterheim. Wenn außerdem jeder dafür Sorge tragen würde, daß die Gelder für eigene Lebensbedürfnisse den genossenschaftlichen Unternehmungen, den Konsumvereinen zugeführt werden, braucht der Arbeiterschaft vor der Zukunft nicht zu bangen.

Im zweiten Vortrag behandelte der Genosse Hamdorf, Rostock, die „Sozialversicherung“. Aus seiner langjährigen Tätigkeit als Ausschussmitglied der Landesversicherungsanstalt zeichnete er ein klares Bild über den Entwicklungsgang der Invalidenversicherung. In den letzten Jahren sei manches zur Verbesserung der Renten geschehen. Wenn die Renten noch nicht so ausgebaut seien, wie wir als Gewerkschafter es wünschen, so sei das eben auf ungenügende Machtmittel zurückzuführen. Es müsse immer wieder versucht werden, die

## Die erste allgemeine deutsche Werbewoche vom 23. bis 29. März 1931

### ProgrammatISChe Anweisung für die Ortsgruppen.

Zur Durchführung der in der letzten Märzwoche 1931 stattfindenden allgemeinen deutschen Werbewoche empfiehlt der Reichsausschuß den Ortsgruppen und Malerinnungen folgende Maßnahmen:

1. Werbeumzüge mittels Kraftlastwagen oder Pferde-fuhrwerk. Der Hirschberger Umzug beweist, daß auch ohne Wagen gute Wirkung erzielt werden kann. Wie die Abbildungen zeigen, sind die Wagen, die von der Lack- und Farbenindustrie, dem Großhandel und den größeren Malereibetrieben kostenlos zur Verfügung gestellt werden müssen, mit Hilfe der Malermeister zweckentsprechend durch Plakate, Transparente, Atrappen usw. auszu-schmücken. Billige Malerleinwand, Transparentpapier auf Sperr- oder Lattenholz montiert, genügt hierzu. Musit ist nicht unbedingt nötig. Polizeiliche Genehmigung muß eingeholt werden.

2. Verteilung von Prospekten und Broschüren: Der Zug muß von Malerpersonal in Berufskleidung begleitet werden. Von diesem werden die Prospekte und Bro-schüren des Reichsausschusses an das Publikum verteilt. Selbstverständlich sollen außerdem auch die Hausbesitzer und Wohnungsinhaber mit aufklärendem Werbematerial versehen werden. Prospekte und Broschüren sind vom Reichsausschuß anzufordern und werden in Anbetracht des guten Zweckes unter Selbstkostenpreis abgegeben.

3. Plakatierung: Das neue, große Pinselplakat des Reichsausschusses muß mindestens während der Werbe-woche an möglichst vielen Säulen und Anschlagflächen er-scheinen. Plakate (Größe 119x168 cm) sind vom Reichs-ausschuß zu beziehen.

4. Verkehrsklebe: In und an den Wagen der Straßenbahn, Omnibussen usw. sind die Plakate des Reichsausschusses mit der „schützenden Hand“ in möglichst großem Umfang anzubringen; ebenso geeignet sind Schilder mit Versen, wie: „Beizeiten ruf den Maler, dann sparrst du dir manchen Taler!“

5. Filmvorführungen: In den Lichtspieltheatern sollen die Filmbriefe und der Erickfilm des Reichsausschusses während der Werbewoche vorgeführt werden. Verhand-lungen mit den Kinobesitzern sind rechtzeitig vorher auf-zunehmen. Die Filme stellt der Reichsausschuß bei vor-heriger Bestellung kostenlos zur Verfügung.

6. Schaufensterklebe: Die Schaufenster der Lack- und Farbenhandlungen und Malerbedarfsartikel-Geschäfte müssen während der Werbewoche einheitlich mittels des großen Pinselplakates (Schaufensterhintergrund), des Schaufenster-Standplakates (kostenlos), der Innenaushang-Plakate usw. dekoriert werden. Hierzu sind auch die farbenführenden Drogisten heranzuziehen.

7. Kellame durch die Ortspresse: In den örtlichen Tageszeitungen sollen Anzeigen der Malereibetriebe und der sonstigen Branchegenossen aufgegeben werden, die zu-sammen placiert werden müssen. Darüber ist eine Kopf-leiste mit der „schützenden Hand“ und einem Sinnspruch anzubringen. Die Schriftleitungen müssen gebeten wer-den, auf die Werbeveranstaltungen hinzuweisen, über sie zu berichten und auch sonst Aufsätze über die große Be-deutung der Sachwerterhaltung durch Anstrich in volks-wirtschaftlicher, kultureller und hygienischer Beziehung zu bringen. Matern für Bildinserate und passende Artikel stellt der Reichsausschuß kostenlos zur Verfügung.

8. Rundfunkprüche: Wo angängig, sollen Sinnsprüche oder kurze Vorträge durch den Rundfunk verbreitet werden; Texte sind auf Anfordern beim Reichsausschuß erhältlich.

9. Meldeartenssystem: Das Meldeartenssystem, das sich überall als das billigste und wirkungsvollste Werbe-mittel erwiesen hat, muß noch viel mehr als bisher aus-gemert und angewandt werden. Besonders vor der Werbewoche müssen die anstrichbedürftigen Objekte recht-zeitig dem Reichsausschuß gemeldet werden, damit die Hausbesitzer vor dem Beginn der Veranstaltungen auf-geklärt und bearbeitet werden können.

10. Emaille-Schilder: An den Häusern, Läden und Fahrzeugen der Malereibetriebe und der farbenführenden Geschäfte muß das Emaille-Schild mit der „schützenden Hand“ angebracht werden. Um dies zu erleichtern, wird der Reichsausschuß bei allen bis zum 15. Januar 1931 eingehenden Bestellungen für das Emaille-Plakat einen Ausnahmepreis von 2 M pro Stück einschließlich Versand-kosten berechnen. Auch die Siegelmarke und Postkarte des Reichsausschusses mit der „schützenden Hand“ sind dauernd zu benutzen.

## Reichsausschuß für Sachwert-Erhaltung durch Anstrich

Berlin W 50, Ansbacher Straße 9.

Massen des Volkes aufzuklären, damit aus der von den Gegnern der Invalidenversicherung bezeichneten „Schnapsrente“ eine Lebensrente werde. An Hand von Beispielen aus der Praxis suchte der Referent die Rol-legen über die Anwendung der Invalidenversicherung bei vorkommenden Fällen zu belehren. Viele Fragen wurden zur Zufriedenheit der Kollegen beantwortet, ein Beweis, daß ein großes Interesse für dieses Thema vorhanden ist. Reicher Beifall lohnte beiden Rednern für ihre treff-lichen Ausführungen.

### Ueber das widerrechtliche Ausschließen von Lehrlingen

teilen wir einige Fälle besonders krasser Art mit:  
Lehrling Ulf Martin bei Wilhelm Schmidt, Elz, setzte aus vom 1. Dezember 1928 bis 1. April 1929, vom 1. Dezember 1929 bis 1. Juli 1930, dann wieder ab 1. November 1930;  
Lehrling S. Reibhardt bei Valentin Appel, Hanau, setzte aus vom 1. Januar 1929 bis 1. April 1929, vom 1. Februar 1930 bis 28. Februar 1930, dann wieder ab 1. November 1930;  
Lehrling Karl Hamm bei Peter Gottschalk, Cron-berg, setzte aus vom 1. Januar 1929 bis 28. Februar 1929, vom 17. Dezember 1929 bis 24. März 1930, dann wieder ab 29. September 1930;  
Lehrling Karl Bender bei Hans Lepper, Somburg-Rirdorf, setzte aus vom 3. Januar 1929 bis 11. Januar 1929, vom 23. Dezember 1929 bis 4. März 1930;  
Lehrling Karl Schmalz bei Schneider & Gebhardt, Windaeken, setzte aus vom 24. Dezember 1929 bis 1. Februar 1930;  
Lehrling Wilh. Schleiter bei Sch. Möfing, Winda-eken, setzte aus vom 20. Dezember 1929 bis 20. Januar 1930;  
Lehrling Christian Heiland bei Franz Boll, Vieher, setzte aus vom 29. Dezember 1929 bis 14. April 1930;  
Lehrling Alb. Roos bei Sch. Eichhorn, Unspach i. Es., setzte aus vom 20. Oktober 1930 bis ??  
Lehrling Peter Saul bei Karl Mallab, Rlingen-berg, setzte aus vom 15. November 1928 bis 19. März 1929, vom 12. Dezember 1929 bis 7. März 1930, dann wieder ab 15. November 1930;  
Lehrling Albrecht Will bei J. Hufnagel, Seligen-stadt, setzte aus vom 1. Januar 1930 bis 1. März 1930;  
Lehrling Wend. Hoffmann bei Ad. Knichelmann, Groß-Weßheim, setzte aus vom 1. Dezember 1928 bis 1. März 1929, vom 1. Dezember 1929 bis 1. Mai 1930, dann wieder ab 28. Oktober 1930;  
die Lehrlinge Edmund Bogum und Rud. Steiner, in der Lehre bei Ludw. Faber, Groß-Uheim, setzten beide aus vom 22. Dezember 1928 bis 15. Januar 1929, vom 14. Dezember 1929 bis 1. Februar 1930,  
Lehrling Helmuth Wenzel bei derselben Firma setzte aus vom 1. November 1929 bis 1. März 1930;  
Lehrling Johannes Hommel bei Wilh. Euler, Sittken-gesäß, setzte aus vom 1. November 1928 bis 30. März 1929, vom 1. November 1929 bis 30. März 1930, dann wieder ab 1. August 1930 bis ??

Ueber diesen letzten Fall Hommel-Euler ist bei dem Lehrlingsschiedsgericht in Hanau Klage anhängig gemacht mit dem Ziel, den Lehrvertrag zu lösen.

Vorstehende Teil-Feststellungen sind von unserer Frankfurter Filiale auf Grund einer statistischen Erhebung gemacht worden.

### Zur Weiterbeschäftigung von Ausgelernten

finden wir in der Sächsischen Malerzeitung Nr. 44 fol-gende Notiz:

Das sächsische Wirtschaftsministerium hat dem Lan-desauschuß des sächsischen Handwerks unter dem 16. Ok-tober 1930 den folgenden Landtagsbeschuß übermittelt. Wir versehen nicht, die uns angeschlossenen Landesfach-verbände, die Innungs- und Bezirksauschüsse des Hand-werks sowie auch alle Mitglieder hierauf besonders auf-merksam zu machen:

Der Landtag hat in seiner Sitzung am 20. Septem-ber 1930 beschloffen, die Regierung zu ersuchen, auf die Handels- und Gewerkekammern, Innungen und Arbeit-geberverbände einzuwirken, um die Weiterbeschäf-tigung von Ausgelernten in ihrem Lehr-betrieb in möglichst weitem Umfang zu erzielen.

Das Wirtschaftsministerium würde es begrüßen, wenn diesem Wunsche nach Möglichkeit entsprochen würde, da die Erwerbslosigkeit vielfach die Moral und den Ar-beitswillen jugendlicher Arbeitnehmer gefährdet.

### Chemnitz.

In der letzten Zeit häufen sich die Fälle, daß Lehr-linge entlassen werden. Die Meister geben an, daß sie das Kostgeld nicht mehr zahlen können. Unsere Filialverwaltung hat deshalb drei Lehrlinge in andere Lehrstellen bringen müssen. In einem Fall mußte Klage beim Arbeitsgericht angestrengt werden, um für den Lehrling noch das rückständige Kostgeld zu erlangen. Infolge der starken Lehrlingszücherei werden in diesem Winter noch mehr derartige Fälle zu erwarten sein.



# Baugewerbliches

## Wohnungsbau und Arbeitsmarkt.

Es besteht die große Gefahr, daß die deutsche Bauwirtschaft in eine Dauerkrise hineingerät. Welche Folgen sich daraus ergeben, scheint den Regierungsmännern nicht richtig klar zu sein. Auf sie weist der bekannte Berliner Bauunternehmer Haberland in der „Vossischen Zeitung“ Nr. 601 mit folgenden Worten hin: „Der durchschnittliche Baupreis für eine Wohnung im Reich ist auf etwa 8000 M zu schätzen. Im Baugewerbe und seinen Schlüsselgewerben rechnet man mit 75 bis 85 % Lohnanteil. Wenn man nur 75 % rechnet, so würde jede erstellte Wohnung eine Lohnausgabe von 6000 M bedeuten. Das Durchschnittseinkommen eines beim Bau beschäftigten Arbeiters beträgt etwa 2200 M im Jahre, das heißt also, daß rund 27 Arbeitnehmer während eines Jahres durch jede erbaute Wohnung beschäftigt sind. Bei dieser Zahl sind die Beamten nicht mitgerechnet. Man wird einen Zuschlag von 10 % zu machen haben, um die Dinge voll zu erfassen. Im letzten Jahre sind etwa 315 000 Wohnungen, im Deutschen Reich entstanden. Es haben also während eines Jahres rund 950 000 Arbeitnehmer im Baugewerbe und seinen Schlüsselgewerben allein für die Wohnungs-erstellung Beschäftigung gefunden. Diese Zahlen zeigen zur Genüge, wie wichtig es ist, die Wohnungsproduktion aufrechtzuerhalten.“

# Wirtschaftspolitik

## Der Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit

in Deutschland datiert seit Mitte 1928. Zuerst ist der Rückgang als Reaktion auf einen starken Aufschwung von 1926 bis 1928 zurückzuführen. Nachdem die Aufgaben der Sonderkonjunktur 1927, die Wiederauffüllung der Warenlager und die Ausweitung des deutschen Wirtschaftsapparates, erfüllt waren, mußte naturgemäß ein Rückgang eintreten. Dieser mußte in dem Augenblick erfolgen, in dem die Nationalisierungswelle abzuebben begann und die damals im großen Umfang betriebene Wiederauffüllung der Lagerbestände im wesentlichen beendet war. Nach den Forschungen des Konjunkturinstituts vollzog sich dieser Rückschlag in vier Etappen. Die erste dieser Abschwungstufen erstreckt sich von der Jahreswende 1927/28 bis zum Frühjahr 1929. Dieser Abschwung vollzog sich deshalb in langsamem Tempo, weil die Weltkonjunktur noch anhielt und die Investitionen der öffentlichen Hand noch eine besondere Stütze boten. Dem Wohnungsbau fällt in dieser Periode eine besondere Aufgabe zu. Sätze der Wohnungsbau nicht krümmelnd gewirkt, so wäre der später erfolgte jähe Abstieg bereits früher eingetreten. Die zweite Stufe des Abschwungs fällt in die Zeit von Frühjahr 1929 bis Herbst 1929. Hier spielen die Pariser Reparationsverhandlungen und die dadurch erfolgte Senkung des ausländischen Kapitalstroms eine große Rolle. Im wesentlichen schärferen Tempo ging es in der dritten Stufe herab. Diese fällt in die Zeit um Herbst 1929 bis Sommer 1930. Außerlich gekennzeichnet wurde diese Stufe durch den Zusammenbruch der New Yorker Aktienbörse und der darauf folgende starke Abbruch der Weltwirtschaftslage. Sowohl in der Weltwirtschaft wie in Deutschland trat im Verlauf des Jahres 1930 scharfe Rückgänge ein. Eins verstärkte das andere. So entstand namentlich in den öffentlichen Kassen eine empfindliche Leere, die auf starke Steuerausfälle zurückzuführen ist. Die stark zunehmende Arbeitslosigkeit tat ein übriges, um für die öffentliche Hand einen katastrophalen Zustand eintreten zu lassen. In Verbindung damit brach eine wichtige Konjunkturstütze, der Baumarkt, zusammen. Der Rückgang der deutschen Wirtschaft machte sich auf allen Gebieten stark bemerkbar. Und in diese Verhältnisse hinein plaste die Reichstagswahl am 14. September. Für dieser Wahl wurde die vierte Stufe des Konjunkturabschnittes eingeleitet. Ausländische Geldgeber zogen ihre Kredite zurück und die Kapitalflucht tat das übrige, um die Kapitalknappheit vollständig werden zu lassen. Es trat eine äußerst schädlich wirkende Vertrauenskrise ein, die die im Sommer erfolgte mäßige Festigung der Wirtschaft vollständig vernichtete.

## Weltwirtschaftskrise? Internationale Sozialpolitik!

Der gewaltige Aufschwung des Industrialismus läßt sich ohne die Steinkohle nicht denken. Jahrzehntlang hat sie als Brennstoff eine ungeheure Bedeutung gehabt. Die neuere Chemie hat es dann verstanden, sie als Rohstoff für andere wichtige Erzeugnisse zu verwenden. Es sei nur auf die Möglichkeiten hingewiesen, die durch eine Umwandlung der Kohle in Benzin entstehen. Da diese Fortschritte nur zum Teil durch eine erhöhte Arbeitsleistung der bei der Steinkohlegewinnung beschäftigten Arbeiter möglich waren, ist die Frage der Regelung der Arbeitszeit von gewaltiger sozialpolitischer Bedeutung. Die Überproduktionskrise im Steinkohlenbergbau hat die Frage so weit zugeführt, daß eine Überwindung der Krise mit allen ihren üblen Folgen für den Arbeiter nur durch eine internationale Regelung beseitigt werden kann. Tatsächlich ist ein großer Teil der Schwierigkeiten auf dem europäischen Kohlenmarkt darauf zurückzuführen, daß Polen mit seinen günstigen Abbaubehältnissen infolge der niedrigen Löhne und der langen Arbeitszeit in der Lage ist, auf dem europäischen Markt Dumping zu treiben. Die Notwendigkeit einer internationalen Regelung hat sich in fast allen Ländern schon so weit durchgesetzt, daß auf der internationalen Arbeitskonferenz im Jahre 1929 zum ersten Male verhandelt werden konnte. Diese bahnbrechenden Versuche scheiterten jedoch an dem Widerstand der Unternehmer. Es ist jedoch gelungen, die Frage wieder auf die Tagesordnung der Internationalen

# Billige Bücher.

## Sonderangebot zu herabgesetzten Preisen für unsere Mitglieder.

- Bürgerliches Gesetzbuch geb. 3,25
- mit Nebengesetzen " 11,—
- Zivilprozessordnung " 2,50
- mit Nebengesetzen " 5,40
- Reichsversicherungsordnung " 2,40
- Gewerbeordnung " 2,20
- mit Nebengesetzen " 5,—
- Gesetz über Arbeitsvermittlung " 1,—
- Angebotenerverfassungsgesetz " 1,—
- Strafgesetzbuch " 1,20
- Hoeningers Arbeitsrecht " 5,60
- Lehrbuch des Arbeitsrechts, Band 1 " 18,—
- " 2 " 22,—
- Betriebsrätegesetz (Kommentar Feig-Sigler) " 5,—
- Das Schlichtungswesen " br. 1,—
- Schlichtungsordnung " geb. 9,—
- Reichsarbeitsgerichtsrechtsprechung (Nörpel) " 2,50
- Reichsverfassung " 0,90
- Geschichte der politischen Parteien " br. 2,50

vom Verlag Fachblatt der Maler, Hamburg 36, Alster-Terrasse 10 oder durch die Filialverwaltungen des Verbandes.

Arbeitskonferenz von 1931 zu bringen. Nun ist der Steinkohle in den letzten Jahren ein gewaltiger Konkurrenz in der Braunkohle entstanden. Wegen der ständig zunehmenden Bedeutung der Braunkohle hat das internationale Arbeitsamt sich auch mit der Arbeitszeitregelung in der Braunkohlenindustrie befaßt und wird auf der nächsten Arbeitskonferenz diese Frage behandeln. Eingehende Unterlagen zu diesem Problem, das nur eine Frage aus der Fülle der internationalen wirtschaftlichen und sozialen Probleme aufwirft, veröffentlicht die vom Internationalen Arbeitsamt herausgegebene Monatschrift „Internationale Rundschau der Arbeit“. Diese Zeitschrift ist für die Gewerkschaftler deshalb von besonderem Wert, weil sie wirtschaftliche und sozialpolitische Unterlagen aus allen Teilen der Welt bringt, die sonst in deutscher Sprache kaum zugänglich sind. Von besonderem Wert sind die internationalen Vergleichsstatistiken über Löhne und Lebenshaltungskosten, die immer mehr verbessert und immer weiter ausgebaut werden.

Die außerordentlich reichhaltige, inhaltlich und technisch vorzüglich ausgestattete Zeitschrift kostet 1,50 M je Heft, im Jahresbezug 15 M zuzüglich Porto. Die Zeitschrift kann durch alle Gewerkschaftsbuchhandlungen bezogen werden.

## Die Entwicklung der Großhandelspreise.

Der Rückgang der Preise nimmt in allen Staaten seinen Fortgang. Jedoch ist der Umfang der Preis-senkungen in den einzelnen Ländern im Vergleich zueinander nicht gleichmäßig. Die nachstehende Zusammenstellung der Indizeszahlen auf Goldbasis läßt dies deutlich erkennen.

Durchschnitt	Deutschland	England	Frankreich	Holland	Oesterreich	Tschechoslowakei	U.S.A.
1927	138	141	126	148	133	143	137
1928	140	140	126	149	133	143	140
1929	137	137	124	142	130	134	138
1930							
Januar	132	131	114	131	125	124	134
April	127	124	111	122	119	120	130
Juli	125	119	109	115	119	118	120
November	120	112	100	111	112	113	117

Man kann an dieser Tabelle erkennen, wie umfassend der Rückgang der Preise in allen Ländern eingetreten ist. Am geringsten war der Preisrückgang in Frankreich, weil dort die Überhöhung der Preise in den Jahren 1925 bis 1928 nicht einen solchen Umfang angenommen hatte. Den höchsten Preisstand zur Zeit, weiß Deutschland auf. Dieses Land scheint überhaupt das teuerste der Erde zu sein. Im übrigen sprechen die Zahlen für sich selbst.

## Nahrungsmittelüberfluß und Hunger.

Noch nie, seitdem die Erde besteht, waren wir mit Rohstoffen und Lebensmitteln so reich gesegnet wie gegenwärtig. Die Natur schüttet über die Menschheit geradezu verschwenderisch ihr Füllhorn aus. Das Institut für Konjunkturforschung stellt dieses in seinem Bericht vom 17. Dezember wie folgt fest:

„Die Versorgung der Welt mit Agrarprodukten ist in den letzten Jahren zunehmend reichlicher geworden. Die überseeischen Länder hatten während des Krieges ihre Agrarproduktion stark ausgedehnt. Infolge des Ausfalls Rußland als Lieferant und der verminderten Leistungsfähigkeit der europäischen Landwirtschaften führte die Produktionssteigerung in Übersee zunächst zu keinem fühlbaren Überangebot. Indes bemühten sich die europäischen Länder, den Vorsprung ihrer überseeischen Konkurrenten durch Verbesserung der Produktionsmethoden einzubohlen. Etwa seit 1925 hatten die mittlereuropäischen Länder die Produktionskapazität der Vorkriegszeit wieder erreicht und seitdem teilweise überstiegen, während sich der Verbrauch nur langsam gehoben hat. Die Folge ist ein in den letzten Jahren ständig wachsendes Überangebot auf zahlreichen Agrarmärkten.“

Nicht mehr der Mangel an Nahrungsmitteln macht dem Menschen Sorge, sondern die Fülle. Man weiß buchstäblich nicht mehr, wo man mit all dem Segen hin soll. Deshalb die schwere Krise. Dabei gibt es in jedem Lande Millionen Menschen, denen es trotz Arbeitslust und guten Willen unmöglich ist, sich satt essen zu können. Großer Überfluß hier — Einschränkung und Hunger dort. So sieht es in der Welt aus!

# Fachliteratur

## Malerjugend Nummer 1, 1931.

Im Leitartikel wird ein Rückblick auf das Jahr 1930 geworfen. Bei dieser Gelegenheit werden einige bedeutsame Ereignisse in die Erinnerung zurückgerufen. W. Barisch, Berlin, untersucht die Frage: „Wie ein neues Recht entstand“, wobei er auf das Wirken der Organisationen hinweist. Von Malerlehrlingen und jungen Gesellen des 18. Jahrhunderts berichtet Arn Rapp, Leipzig, in seiner historischen Studie. Dann folgt ein fachlicher Artikel: „Welche Farben werden unterschieden?“ worin diese Frage von einem bestimmten Gesichtspunkte aus zu klären versucht wird. Der weitere Artikel: „Die Vorlagenblätter 10, 11 und 12“ bringt ebenfalls fachliche Anregungen, für die die Jugend immer besonders dankbar ist. Der Jugendleiter der Filiale Nürnberg nimmt in einem Artikel zu den Jugendtreffen 1930 Stellung. Rechtsfragen werden unter den Titeln: „Gehört der Fortbildungsschulunterricht zur Arbeitszeit?“ und „Invalidenversicherungspflicht“ behandelt. Notizen, Humoristisches, Berichte aus den Abteilungen und Buchbesprechungen bilden den übrigen Teil des lesenswerten Inhalts. Außerdem sei auf die in der Nummer verstreuten Klischees hingewiesen.

# Internationales

Die internationale Regelung der Sozialversicherung. Von Gustav Hoch. 32 Seiten. Ladenpreis 75 P., Organisationspreis 50 P. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes G. m. b. H., Berlin S 14, Inselstraße 6a. — Soeben ist das Heft 2 der neuen Schriftenreihe der Verlagsgesellschaft des ADGB über „Internationale Sozialpolitik“ erschienen. Es behandelt die internationale Regelung der Sozialversicherung. Der Verfasser Gustav Hoch gibt in dieser Schrift eine gute Darstellung der bisherigen internationalen Regelung. Darüber hinaus geht er aber auch vom Standpunkt des Ideals einer Arbeitnehmerversicherung mit freiwilliger Sonde an die bisherige internationale Regelung heran und gibt manchen wertvollen Hinweis für den weiteren Ausbau. Zusammenfassend ist er der Auffassung, daß die Beschlüsse der Genfer Arbeitskonferenz zu einer allmählichen Entwicklung der Arbeitnehmerversicherung beigetragen haben; denn allmählich gestalten die einzelnen Staaten ihre Gesetze nach der in Genf gefundenen internationalen Regelung. Immer mehr Länder sind von der freiwilligen Versicherung zur Zwangsversicherung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage übergegangen, das beweist die Überlegenheit der Zwangsversicherung. In einem besonderen Abschnitt ist in der Schrift eine bisher in deutscher Sprache überhaupt noch nicht veröffentlichte Zusammenfassung der Länder mit Arbeitnehmerversicherung enthalten. Eine besondere Tabelle unterrichtet über den Stand der ratifizierten Übereinkommen bis November 1930, und eine Zeittafel stellt sehr übersichtlich die bisherige internationale Regelung der Arbeitnehmerversicherung dar.

Veränderungen in der Krankenversicherung. Dritte geänderte Auflage mit Durchführungsbestimmungen. Erläutert von Helmut Lehmann. Brochüre, Organisationspreis 1,20 M, Ladenpreis 2,50 M. Verlagsgesellschaft deutscher Krankenkassen m. b. H., Berlin-Charlottenburg 1, Berliner Straße 137. — Die Neuordnung des Reichspräsidenten vom 1. Dezember 1930 hat neue wesentliche Veränderungen in der Krankenversicherung gebracht, unter anderem die teilweise Aufhebung der Krankenkassenbeiträge und des Arzneikostenanteils. Sämtliche Neuerungen sind in der dritten Auflage dieser Schrift von Helmut Lehmann, dem geschäftsführenden Vorsitzenden des Hauptverbandes deutscher Krankenkassen e. V., berücksichtigt worden. Auch die inzwischen ergangenen Ausführungsbestimmungen, die manche Zweifelsfragen geklärt haben, wurden aufgenommen. Die bisherige Rechtsprechung, soweit sie für die Veränderungen von Bedeutung ist, ist gleichfalls herangezogen worden. Der Anhang enthält die wichtigsten Bestimmungen über die Sicherung des Haushalts, über die Gehaltsfürsorge und über die Änderung der Anstellungsgarantien (Verwendung von Versorgungsanwärtern). Die Vorschriften sind kurz und übersichtlich erläutert, da die Schrift lediglich die praktische Durchführung des Gesetzes erleichtern will. Dieser Zweck wird voll auf erreicht. Die neue Auflage wird deshalb, ebenso wie ihre Vorgängerin, in unserem Leserkreis allgemeine Verbreitung finden.

# Bereinsmitteilungen

## Eingeladene Gelder

### in der Zeit vom 1. bis mit 31. Dezember 1930

Eingeladene haben: Aachenburg 50 M, Belgard 30, Berlin 113,60, Bielefeld 1500, Braunschweig 100, Cuxhaven 130, Danzig 115, Darmstadt 30, Emden 200, Emmendingen 50, Flensburg 70, Frankfurt a. M. 367,15, Frankfurt a. O. 90, Freiburg i. Br. 60, Göttingen 60, Güstrow 90, Hamburg 60, Heidelberg 50, Heilbronn 69, Jüterbog 25, Kaiserslautern 45, Karlsruhe 50, Kiel 120, Koblenz 100, Kollberg 100, Köln 800, Königsberg 90, Köslin 90, Lübeck 115, Luedenwalde 65, Mainz 66, Neustadt 40, Neuwied 80, Oberstein 20, Pirna 50, Rathenow 70,80, Rostock 75, Saarbrücken 80, Steffin 40, Stolp 40, Straßburg 41, Stuttgart 70, Tüft 100, Wiesbaden 35,40, Wittenberge 100, Worms 90.

L. Ringel, Kassierer.

Vom 5. Jan. bis 11. Jan. ist die 2. Beitragswoche.

Vom 12. Jan. bis 18. Jan. ist die 3. Beitragswoche.

## Sterbefälle.

Magdeburg. (Zahlstelle Ufersleben). Am 7. Dezember 1930 starb im Alter von 59 Jahren der Kollege Richard Wengler. Wir verlieren in ihm einen tüchtigen und treuen Mitarbeiter unserer Zahlstelle. Mannheim. Am 13. Dezember 1930 starb unser treues Mitglied, der Kollege Michael Gamm, im Alter von 49 Jahren. — Am 20. Dezember 1930 starb nach langem Leiden unser langjähriges Mitglied, der Kollege Anton Walz, im Alter von 53 Jahren.

Ehre ihrem Andenken!

# MEISTERPRÜFUNG

Gründliche Vorbereitung durch Fernunterricht. Ausbildung z. Geschäftsführ. Erfolg garant. Fr. Wenzel Naunhof-Loipzig